



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/53 - 3. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-83
Fernschreiber 039 800

Hinweise
auf den Inhalt:

Gedanken zur Woche der Brüderlichkeit vom 4. - 10. März	S. 1
Vor einem deutsch-belgischen Sozialabkommen	S. 3
Vor den Wahlrechtsentscheidungen	S. 4
"Inneres Gefüge" in Wilhelmshaven	S. 6
Der Ruf nach Abrüstung	S. 7

Das Gebot christlich-jüdischer Versöhnung

von Dr. Fritz Wenzel, MdB

Die Veranstaltungen, die in diesem Jahre die "Woche der Brüderlichkeit" vom 4. - 10. März vorsieht, sollen wiederum die Aufmerksamkeit auf eine der brennendsten Fragen richten, die immer noch einer endgültigen Lösung harren. Wir meinen die jüdische Frage, die Christen und Nichtchristen in unserem Volke in gleicher Weise angeht.

Leider mehren sich bereits wieder jene Stimmen, die das unvorstellbare grosse Unrecht und Verbrechen, das das Dritte Reich an fast sechs Millionen Juden verübt hat, ableugnen, abmildern oder gar vergessen machen möchten. Gerade jenen sei mit Nachdruck ins Gedächtnis gerufen, was Hans Frank, der während der Besetzung Polens durch Hitlerdeutschland das Amt des Generalgouverneurs versah und selber einer der böswilligsten Antisemiten war, in Nürnberg 1946 ausgesprochen hat: "Tausend Jahre werden vergehen und diese Schuld von Deutschland nicht wegrehmen." Gerade, wenn wir den Geist des Hasses und der Rache, der in so teuflischer Weise die letzten Jahrzehnte unserer Geschichte erfüllt hat, endgültig bezwingen und vernichten wollen, darf die Erinnerung an die Grösse der Schuld, die über Millionen unschuldiger jü-

discher Menschen grausamstes Leid gebracht hat, nicht vergessen werden.

Die Woche der Brüderlichkeit will freilich bei der Erinnerung an diese grauenvollen Seiten der Geschichte nicht stehen bleiben, sie will vielmehr zu ihrer Überwindung beitragen. Es geht dabei vornehmlich um die Überwindung des Antisemitismus aus geistigen, religiösen und christlichen Kräften. Vorurteile und Unwahrheiten über das Judentum müssen ganz und gar verbannt und muss seine tatsächliche Bedeutung für die Geschichte im rechten Lichte dargestellt und verbreitet werden. Was ernsten Christen während der Juden-Verfolgung im Dritten Reich ernstes Anliegen war und was sie auf jede ihnen mögliche Weise zum Ausdruck brachten und hilfreich taten, das sollte heute eine Fortsetzung und wenn möglich seine Vollendung finden.

Der Antisemitismus hat weithin religiöse Wurzeln. Muss noch betont werden, dass diese Religiösität und Christlichkeit weithin verzerrt, entstellt und verfälscht ist? Auf jeden Fall wird der Antisemitismus nur aus dem Geiste echter Christlichkeit überwunden werden können. Dazu mitzuhelfen ist die Aufgabe der Woche der Brüderlichkeit, die die Annäherung zwischen Christentum und Judentum auf der Grundlage religiöser Verständigung und Toleranz fördern will. Die Christenheit kann weder vergessen noch verleugnen, dass die Religion des Alten Testaments unaufgebbare Grundlage ihres Glaubens ist, und dass das heilige Buch der Juden, das Alte Testament, unzertrennbar mit dem heiligen Buch der Christen, dem Neuen Testament, verknüpft ist. Man denke nur für einen Augenblick an die ungeheure Gewalt religiöser Kräfte, die als Trost und Hilfe über die Jahrtausende hinweg aus Psalmen, den Propheten und schliesslich als Wegweisung aus den zehn Geboten den Christen zugeflossen sind. Und wie könnten wir daran vorbeigehen, dass Jesus von Nazareth und Paulus von Tarsus mit fast allen Jüngern und Aposteln Juden waren!

So drängt recht verstanden christlicher Geist mit aller Kraft zu einer Überwindung der Feindschaft gegen das Judentum. Der Christ sieht im Antisemitismus, gleichviel ob er seine Ursache in Rassenhass oder anderswo hat, die gottloseste Art der Selbstüberhebung. Sie zu überwinden und zur Brüderlichkeit aller Menschen auf dieser Erde trotz und wegen ihrer Verschiedenheiten und Unterschiede zu kommen, ist ein Anliegen, zu dem sich humanistisches Denken und christlicher Glaube in gleicher Weise bekennen.

* * *

Seit fünf Jahren in der Schwebel

- pt., Brüssel

Vor einigen Tagen begannen in Brüssel zwischen Deutschland und Belgien lange geplante Verhandlungen über ein Sozialabkommen. Schon seit dem Jahre 1951 in der Schwebel, stiessen die Versuche, die sozialen Rechte und Konten Deutscher, die in Belgien arbeiteten und Belgier, die in Deutschland beschäftigt waren, bei der Rückkehr in die Heimat anzurechnen, immer auf das Hindernis der "Reparationsfrage". Hitler hatte nach der Besetzung die Sozialkonten der Bewohner von Eupen-Malmedy nach Deutschland "rückgeführt" und die dortigen Arbeiter, Angestellten und Beamten zwangsweise in die entsprechenden Versicherungen überschreiben lassen. Natürlich erkannte Belgien diese Zwangsmassnahmen nach der Befreiung nicht an.

Erst nachdem im vorigen Jahre beide Partner sich darüber einigten, dass die Rückgabe der Fonds unter der Rubrik "Reparationen" gesondert bereinigt werden müsse, konnte die Frage der sozialen Sicherheit der in den beiden Ländern arbeitenden Staatsangehörigen des anderen Landes mit Aussicht auf Erfolg zur Verhandlung gestellt werden. Das umso mehr, als schon einmal, zwischen den beiden Weltkriegen, ein solches Sozialabkommen zwischen den beiden Staaten bestanden hatte.

Es mögen z.Zt. in Belgien rund 10 000 deutsche Staatsbürger als Angestellte oder Arbeiter ihr Brot verdienen. Die Anzahl der in Deutschland arbeitenden Belgier wird ungefähr die Hälfte betragen. Für die Beschäftigung von Ausländern hat Belgien zum Schutz seines Arbeitsmarktes sehr strenge Vorschriften. Im allgemeinen - von Untertagebau in den Bergwerken abgesehen - versucht man zu vermeiden, dass Ausländer mehr denn 5 Jahre im Lande arbeiten. Oft werden sie nur als "Anländer" zu Posten zugelassen, die in ein bis zwei Jahren dann Belgiern eingeräumt werden können. Beförderungen werden als neue Stellung betrachtet, für die erneut geprüft wird, ob sie nicht von Belgiern besetzt werden können. Andererseits müssen sowohl ausländische Arbeiter wie Angestellte durch Lohnabzüge zu den für sie infrage kommenden Sozial-, vor allem aber Altersversicherungen beitragen. Verlassen sie aber Belgien vor Erreichung des 65. Lebensjahres, was die Regel ist, so sind für sie diese Beiträge praktisch verloren. Sie bekommen zwar

eine Quittung, dass sie soundsoviel Franken Beiträge geleistet haben, jedoch keinen Centime ausgezahlt. Nur, wenn sie später einmal zurückkommen, werden die früheren Beträge angerechnet - vorausgesetzt, dass sie das 65. Lebensjahr in Belgien überschreiten und damit "pensionsberechtigt" werden. Das vornehmste Ziel der gegenwärtigen Verhandlungen ist darum, für den Fall der Rückkehr, eine Übertragung der im Auslande geleisteten Beiträge auf die entsprechenden Kassen im Heimatlande. Es ist anzunehmen, dass es in der einen oder anderen Form erreicht wird.

In Bezug auf die Krankenversicherung bestehen keine grossen Schwierigkeiten. Gewiss ist das belgische Krankenkassenwesen mit seiner Struktur der gewerkschaftlichen und "neutralen" Kassen wenig leistungsfähig, aber dem Auslandsarbeiter steht nicht nur der Zutritt zu der Kasse seiner Wahl frei, sondern er muss sich sogar versichern und wird ebenso wie der Inländer betreut. Eine schwierigere Frage ist die der Familienzuschläge und Feriengelder, die in Belgien gesetzlich vorgeschrieben sind und gleichfalls durch Abzüge von Lohn und Gehalt mitfinanziert werden. Hier gilt es ein Kompromiß zu finden, um die ausländischen Arbeitskräfte gerecht zu behandeln, die mitten im Jahr ihre Arbeit aufgeben und das Land verlassen müssen. Die Belgier, die in Deutschland arbeiten, werden ihrerseits zweifellos darauf Anspruch erheben, dass ihnen die Abzüge, die ihnen für Familienzuschläge und Feriengelder in Belgien gemacht wurden, auch durch die zeitweise Arbeit in Deutschland nicht verloren gehen.

+ + +

Neues Wahlrecht - noch sehr umstritten

FB. In den letzten Tagen ist häufig der Eindruck erweckt worden, als wenn im Wahlrechtssonderausschuss des Deutschen Bundestages eitel Friede herrsche und es kaum noch umstrittene Punkte gäbe, nachdem die CDU/CSU das Grabensystem aufgegeben hat und der zwischen CDU und FDP ausgehandelte Kompromiß die Basis der Beratungen abgibt.

Diese Darstellung ist einigermaßen schönfärberisch, denn einmal wird der Wahlrechtsausschuss erst in der kommenden Woche Entscheidungen

treffen und zum anderen haben sich sieben Hauptpunkte herauskristallisiert, die zwischen allen Parteien noch sehr umstritten sind. Dabei geht es:

1. Um die Einführung einer Bundesliste, die seinerzeit die FDP durchgesetzt hatte, um Leuten wie Blücher und Schäfer ein Mandat zu sichern, weil kein Landesverband der FDP sie wahrscheinlich aufgestellt hätte. Heute, nachdem die FDP dieser "Sorge" enthoben ist, wird die Bundesliste hauptsächlich von der CDU - nicht von der CSU - verlangt, die nicht weiss, auf welchem anderem Wege sie der Kraft-Oberländer-Gruppe und vielleicht auch den Zuler-Rebellen Dankbarkeitsmandate zuschanzen soll.
2. Auch die Konstruktion der Bundesliste ist nach wie vor ungeklärt. Vor allem geht es darum, ob die Überhangmandate der Landeslisten auf der Bundesliste Anwendung finden sollen oder nicht.
3. Noch völlig unentschieden ist auch, welche Konstruktion der Sperrklausel Gültigkeit haben soll. Zur Debatte steht die 5-%-Klausel, die die einen auf Bundesebene, die anderen auf der Landesebene verankern wollen. Für die SPD dürfte dabei die Bundeslösung kaum infrage kommen, weil man damit der einzigen nationalen Minderheit, den SPD und ausgesprochenen demokratischen Landesparteien automatisch den Weg ins Parlament versperren. Keine Entscheidung ist auch bis heute darüber gefallen, ob die 5 Prozent-Klausel durch den Erwerb eines, dreier oder fünf Grundmandaten aufgehoben werden soll. Mit Recht wendet man ein, dass beispielsweise ein Grundmandat gegenüber der 5 Prozent-Klausel ungerecht ist, denn um die 5 Prozent-Klausel auf der Bundesebene zu überspringen, werden rund 2,3 Millionen Stimmen benötigt, während man ein Grundmandat schon mit 40 oder 50.000 Stimmen erwerben kann und dann automatisch am Proporz teilnimmt. Der BHE hat seinerzeit zur Debatte gestellt, überhaupt keine Prozentsätze festzulegen, sondern eine feste Zahl von Stimmen - er schlägt eine Million vor - als Sperrklausel anzuwenden.
4. Harte Kämpfe wird es auch noch um den Paragraphen der Listenverbindungen der des Listenverbotes geben. Die SPD wird Listenverbindungen konsequent ablehnen, weil sie darin eine Täuschung des Wählers sieht.
5. Niemand kann auch heute sagen, wieviel Abgeordnete der dritte Bundestag zählen wird. Der SPD-Gesentwurf geht einschl. Berlins von 418 Mandaten aus, die Koalition scheint 506 zu Grunde zu legen.
6. Zur Zeit nicht umstritten ist die direkte Wahl der Berliner Abgeordneten, aber man weiss hinreichend, wie hinter den Kulissen gewählt wird, um diesen Beschluss der ersten Lesung im Ausschuss wieder hinfällig zu machen.

7. Schliesslich wird auch noch einmal die Frage, ob der Wähler eine oder zwei Stimmen zur Verfügung hat, hart unkämpft werden müssen. Von "Einmütigkeit" zu sprechen ist also zur Zeit nur fröhlicher Optimismus.

* * *

Was die Mode streng geteilt...

ke- Wilhelmshaven, Anfang März

Im grössten Industriebetrieb und im grössten Kaufhaus der Stadt hält man nicht viel von den Reformplänen für eine neue deutsche Armee. Und auch in der Mädchen-Oberschule sind die Meinungen geteilt. Das hat seine gewichtigen Gründe.

Vor kurzem veranstaltete die Marine-Lehrkompanie in Wilhelmshaven ihren ersten Ball. Weil aber die meisten der jungen Leute in der Stadt fremd sind und bisher wenig Anschluss gefunden haben, suchte und fand man Rat, indem man an eine Mädchen-Oberschule, an das Warenhaus Karstadt und an die Olympia-Schreibmaschinenwerke Einladungen verschickte. Man werde sich freuen, die jungen Damen... und so weiter.

Damit aber alles seine Ordnung haben sollte, fand nicht nur ein Ball statt, balleibe nicht. In der Strandhalle tanzten Offiziersanwärter und Oberschülerinnen; im Lokal Klindwerth Unteroffiziersanwärter und Mädels von Karstadt und Olympia. Wer sich aus Versehen an die falsche Lokaltür verirrt hatte, wurde freundlich, aber bestimmt darüber aufgeklärt, dass es auch in einer demokratischen Gesellschaft Rangunterschiede gibt, die respektiert zu werden verlangen.

Die jungen Angestellten und Arbeiterinnen aus dem Warenhaus und der Fabrik sind nicht böse darüber, dass die Veranstalter dieses ersten bundesdeutschen Marineballs ihnen die Offiziersanwärter vorenthalten haben. Nur: den vielen guten Worten über ein demokratisches "Inneres Gefüge" trauen sie nicht mehr so recht. Haben sie nicht, für ihr Teil, allen Grund dazu?

* * *

Nur Bonn schweigt

sp. Von drei Seiten wurde in den letzten Tagen der Ruf nach Abrüstung im Weltmaßstab erhoben: vom Präsident Eisenhower in seinem Brief an Bulganin, vom französischen Aussenminister Pineau und vom Generalrat der Sozialistischen Internationale auf seiner Tagung in Zürich. Alle drei taten es unabhängig voneinander, aber aller drei Aufrufen und beschwörenden Appellen liegt eine gemeinsame Quelle zugrunde, die von der Furcht genährt wird: der Furcht, dass die Welt einer neuen Katastrophe entgegengelt, wenn dem Rüstungswettlauf nicht Einhalt geboten wird.

Dem Zwang zur Abrüstung kann sich niemand im Atomzeitalter entziehen, der einen kollektiven Selbstmord vermeiden will. Kein verantwortlicher Staatsmann, weder im Osten noch im Westen, will einen solchen Selbstmord. Auf der ersten Genfer Gipfelkonferenz kamen Russen und Amerikaner überein, auf den Krieg als ein Mittel der Politik zu verzichten. Die darauffolgende Konferenz der Aussenminister war jedoch nicht in der Lage, diesen Verzicht auf den Krieg durch konkrete Massnahmen zu untermauern. Sie scheiterte am beiderseitigen Misstrauen, an der Beibehaltung der friedensbedrohenden Blockpolitik, an den gegensätzlichen und starr sich gegenüberstehenden Auffassungen über Deutschland.

Pineaus Rede vor dem englisch-amerikanischen Presseklub in Paris war ein kühner Vorstoss, den Stillstand in der internationalen Politik durch neue Ideen und Vorstellungen zu überwinden. Mit ungewohnter Offenheit wurden entscheidende Fehler des Westens aufgedeckt: dadurch, dass die westlichen Politiker sich im Sicherheitsgedanken verkrampften, verloren sie den Blick für andere, ebenso wichtige Gebiete. Die verführerische Parole von der Friedenssicherung überliessen sie der Sowjetunion, die damit in Asien und im Vorderen Orient grosse Einbrüche erzielte.

Der Westen muss von sich aus Mittel und Wege einschlagen, die der Furcht vor dem Atomkrieg den Boden entziehen und den Völkern die Gewissheit geben, dass sie nicht einer Katastrophe entgegensteuern. Das ist das Anliegen Pineaus und er machte sich dabei zum Sprecher einer politischen Strömung, die nicht allein in Frankreich verbreitet ist. Der italienische Staatspräsident Gronchi äusserte sich in Washington auf ähnliche Weise, für ihn ist die militärische Phase überholt, ist eine Neuorientierung das Gebot der Stunde.

Und Bonn? Hat es in der nun beginnenden internationalen Diskussion über Weltabrüstung und Entspannung nichts zu sagen? Es ist bezeichnend, dass die deutsche Öffentlichkeit von Sprechern aus dem Verteidigungsministerium mit der Versicherung getrübet wurde, der westdeutsche Aufrüstungsplan werde zum vorgesehnen Zeitpunkt bis auf das I-Pünktchen erfüllt sein. Dies geschah an gleichen Tage, an dem Pineau seine sehr bestimmten Ideen entwickelte. Ist Bonn dabei, wieder einmal den Anschluss an ein Weltgespräch zu verpassen?

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau